

# Kiesbranche ungenügend überprüft

**GROSSER RAT** Der Kanton hat bei der Überwachung der Kiesbranche Fehler gemacht. Zu diesem Schluss kommt die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Derweil ermittelt die Weko weiter gegen Unternehmen im Kanton Bern.

Lasche Kontrollen, unklare Zuständigkeiten, verschleierte Steuergelder: Die Verwaltung hat Fehler bei der Überwachung des kantonalen Kiesgeschäfts gemacht – dies das Fazit der Geschäftsprüfungskommission

(GPK) des Grossen Rates. Eingeleitet wurde die Untersuchung nach Bekanntwerden diverser Ungereimtheiten in der Branche. Seit Anfang 2015 ermittelt die Wettbewerbskommission des Bundes (Weko) gegen sieben Kiesunternehmen im Kanton Bern. Es geht um Preis- und Mengenabsprachen sowie um Missbrauch der Marktstellung. Die Weko durchsuchte damals die Geschäftsräume der Firmen (wir berichteten). Die Ermittlungen dauern noch an. Unabhängig von diesen Abklärungen nahm die GPK

die Rolle des Kantons bei der Überwachung der Branche genauer unter die Lupe – und ortete verschiedene Probleme. Die Kommission bemängelt etwa die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten. «Die Schnittstellen zwischen den Ämtern sind diffus», schreibt die GPK in ihrem Bericht. Anders gesagt: Niemand fühlt sich zuständig, wenn es ernst gilt. Mangelhaft ist in den Augen der GPK auch das Controlling: Die involvierten Ämter kommen ihrer Pflicht zur regelmässigen

Überprüfung der abgebauten und gelagerten Kiesmengen nur ungenügend nach. **Bessere Kontrollen** Die GPK verlangt, dass künftig regelmässige Rechenschaftsberichte zuhanden des Kantonsparlaments präsentiert werden. Der letzte solche Bericht stammt aus dem Jahr 2008, der nächste ist erst fürs Jahr 2017 geplant. «Ein Unterbruch von neun Jahren ist deutlich zu lang», meint GPK-Vizepräsident Fritz Ruchti (SVP). Andere Kantone legten jährlich

Rechenschaft ab über die konkrete Reservesituation. Ob dem Kanton durch die Missstände ein finanzieller Schaden entstanden ist, soll eine Sonderprüfung der Finanzkontrolle ans Licht bringen. Ein Beispiel dafür ist bereits bekannt: Die Umfahrung Saanen kostete rund 600 000 Franken mehr, nur aufgrund einer Fehleinschätzung bezüglich der Deponierung von Bauaushub. Auch der Regierungsrat hat den Handlungsbedarf erkannt: «Die Vorschläge der GPK werden geprüft», teilt die Kantonsre-

gierung mit. Entscheidend sei, ob diese mit den heutigen Ressourcen umsetzbar seien. «Wir setzen um, was möglich ist», sagt Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) auf Anfrage. Ob die verdächtigten Firmen tatsächlich gegen die Wettbewerbsregeln verstossen haben, ist offen. Die Weko wird voraussichtlich Ende Jahr ihre Ermittlungsergebnisse präsentieren. Mit einem Entscheid der Wettbewerbschüter ist frühestens im Februar zu rechnen. *Cedric Fröhlich*

## Mehr Flüchtlinge in Oberhofen

**REGION THUN** Die Gemeinde Oberhofen nimmt mehr Flüchtlinge auf als ursprünglich geplant. Derweil ist noch nicht klar, welche Gemeinden nachziehen.

Vor kurzem informierte die kantonale Polizeidirektion darüber, dass die Gemeinden 5650 zusätzliche Asylplätze schaffen müssen (wir haben berichtet). Marc Fritschi, Regierungstatthalter für den Verwaltungskreis Thun, habe deshalb den Gemeinderat Oberhofen gebeten, eine höhere Belegung der Zivilschutzanlage zu prüfen, wie das Statthalteramt gestern mitteilte. Der Gemeinderat hat nun entschieden, dass die Anzahl Unterbringungsplätze in der bestehenden Notunterkunft an der Alpenstrasse auf maximal 50 Plätze erhöht werden kann.

Seit November 2015 sind in der Zivilschutzanlage der Einwohnergemeinde Oberhofen 30 Asylbewerber untergebracht. Diese Unterkunft wird von der Asylkoordination Thun betrieben; an einem runden Tisch werden regelmässig Anliegen und Angebote aus der Bevölkerung mit den

Behörden und den Betreibern besprochen. Der Gemeinderat Oberhofen habe vor seinem Entscheid sowohl die Parteipräsidentinnen und -präsidenten der Ortsparteien als auch weitere Akteure von Kanton und Freiwilligenarbeit sowie Mitunterzeichnende der im letzten Dezember eingereichten Petition zu ihrer Meinung befragt, heisst es in der Medienmitteilung weiter. Die Petitionäre stellten sich damals noch grundsätzlich gegen eine solche Notunterkunft. Jetzt habe sich aber gezeigt, «dass angesichts der zu erwartenden Zuwanderung von asylsuchenden Personen im Sommer 2016 und der bisher durchwegs positiven Erfahrungen die Kapazität der Anlage bei Bedarf auf 50 Plätze erhöht werden kann.» Damit ist die Arbeit für das Regierungstatthalteramt indes noch nicht beendet. Die Suche nach 920 weiteren Plätzen in der Region Thun läuft weiter. Noch haben nämlich nicht alle Gemeinden, die von Fritschi angesprochen wurden, die Anfrage beantwortet. *pd/maz*

## FCT-Spieler zeigten ihre neuen Trikots



Die Spieler des FC Thun präsentierten gestern Abend auf dem Waisenhausplatz ihre neuen Trikots für die Saison 2016/17 – und lockten damit etliche Schaulustige in die Thuner Innenstadt. In der neuen Spielzeit, die in rund einem Monat mit dem Heimspiel gegen den FC Vaduz beginnt, treten die Thuner in roten Heimdresses an (siehe auch Bild, im Vordergrund Verteidiger Nicolas Schindelholz). Auswärts werden die Thuner weisse Trikots tragen. *Patric Spahnli*

## Städte-Initiative geht in die nächste Runde

**THUN** Der Gemeinderat hat die Ergebnisse der ersten Konsultation zur Städte-Initiative verarbeitet. Die verschiedenen Akteure sind angehalten, einen Schritt aufeinander zuzugehen.

Am 12. Dezember 2014 hat der Stadtrat die von 1625 Bürgerinnen und Bürgern unterschriebene und vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlene Städte-Initiative mit 20 zu 19 Stimmen knapp angenommen. Der Gemeinderat hat damit den Auftrag erhalten, ein Reglement zu erarbeiten, das die Absichten der Gemeinde-Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, Fuss- und Veloverkehrserfüllt. Eine gemeinderätliche Delegation aus Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) und der Vorsteherin der Direktion Stadtentwicklung, Marianne Dumermuth (SP), arbeitete 2015 einen ersten Entwurf aus (wir berichteten). Dabei einigte sich die gemeinderätliche Delegation mit dem Initiativkomitee darüber, dass die in der Initiative enthaltene Vorgabe, der Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und des Veloverkehrs sei innert zehn Jahren um mindestens zehn Prozent zu er-

höhen, im Reglementsentwurf nicht festzuhalten sei. Zwischen Februar und April reichten Parteien, Leiste und Mitglieder der Spezialkommission Verkehr im Rahmen der ersten Konsultation 19 Stellungnahmen ein. Wie die Stadt Thun mitteilt, lagen diese inhaltlich zum Teil weit auseinander. Einzelne Konsultationsteilnehmer – wie beispielsweise der TCS – wiesen darauf hin, dass sie sich ein Referendum vorbehielten. **Weiterhin Verzicht auf 10-Prozent-Vorgabe** Der Gemeinderat hat gestützt auf die Stellungnahmen einige Anpassungen an der Vorlage vorgenommen. Die Grundstossrichtung der Vorlage bleibe dabei aber unverändert, heisst es in der Mitteilung. «Es wurden nur gewisse Formulierungen angepasst. Inhaltlich hat sich nichts Wesentliches verändert», sagt Stadtpräsident Lanz auf Anfrage. Weiterhin wird darauf verzichtet, die 10-Prozent-Vorgabe aus der Initiative im Reglement festzuhalten. Für den Gemeinderat gehe es darum, dem Stadtrat einen politisch tragfähigen Kompromiss vorzulegen, heisst es weiter. Auch das Initiativkomitee stimmte dem

Verzicht auf die 10-Prozent-Vorgabe zu, unter der Bedingung, dass Zielvorgaben im Gesamtverkehrskonzept verankert werden und über die Erreichung der Ziele Bericht erstattet wird. Diese Punkte sind in der aktuellen Vernehmlassungsvorlage unter Artikel 13 enthalten. «Die Wirkung der Massnahmen soll nach zehn Jahren evaluiert werden», sagt Lanz. **Akteure sollen einen Schritt aufeinander zugehen** Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass mit der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage ein Reglement in die politische Diskussion geschickt werden kann, das für die Stadt Thun einen Mehrwert bringt. Die verschiedenen Akteure in der städtischen Verkehrspolitik seien nun gehalten, «einen Schritt aufeinander zugehen». Bis zum 26. August besteht nun erneut die Möglichkeit, sich zum Reglementsentwurf zu äussern. Danach wird der Gemeinderat die Ergebnisse der Vernehmlassung auswerten, in die Vorlage einbauen und das definitive Stadtratsgeschäft vorbereiten. Der Stadtrat wird sich voraussichtlich am 27. Oktober mit der Vorlage befassen. *mb*

## Gemeinderat will keine BLS-Werkstätte auf ESP Thun-Nord

**THUN** Keine hohe Wertschöpfung, Lärm und Lichtemissionen in der Nacht – dies sind zwei der Gründe, weshalb der Gemeinderat einer BLS-Werkstätte im ESP Thun-Nord einen Korb gibt. Ursprünglich wollte die BLS in Bern-Riedbach eine neue Werkstätte bauen. Nachdem dieses Vorhaben auf Kritik gestossen war, hat die BLS eine Begleitgruppe mit der Evaluation von möglichen Alternativstandorten beauftragt. Wie die Stadt Thun mitteilt, hat die Begleitgruppe auch den Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Thun-Nord mit einem Bedarf von 10 Hektaren als denkbare Option bewertet. Die Stadt Thun hatte bereits im Mai in einer Medienmitteilung kommuniziert, dass sie den ESP Thun-Nord als nicht geeigneten Standort für die BLS-Werkstätte erachtet. Weitere Planungsarbeiten der Begleitgruppe für eine BLS-Werkstätte auf dem ESP-Areal sowie der von der Fraktion der Grünen eingereichte Vorstoss, der die Prüfung des Standortes ESP Thun-Nord für die Werkstätte verlangt, veranlassen den Gemeinderat, seine Gründe für die Ablehnung ausführlicher darzulegen.

«Der ESP Thun-Nord stellt eines der wichtigsten wirtschaftlichen Zukunftspotenziale der Stadt Thun dar», sagt Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) auf Anfrage. In Anbetracht der in Thun für Wirtschaft und Arbeiten nur beschränkt zur Verfügung stehenden Bodenflächen stelle das Areal des ESP Thun-Nord für die Stadt Thun ein wertvolles und knappes Gut dar, steht in der Medienmitteilung der Stadt. Höchste Priorität habe deshalb die Ansiedlung von Unternehmungen mit hoher Wertschöpfung. **Top-Entwicklungsstandort der Hauptstadtregion** Nachdem der ESP Thun-Nord bereits im Rahmen des kantonalen ESP-Programmes als Premiumstandort klassifiziert wurde, hat im Frühjahr dieses Jahres die Hauptstadtregion Schweiz (HRS) das ESP-Areal auf die Liste der Topentwicklungsstandorte aufgenommen. Diese Qualifikation deklariert den Standort nicht nur aus kantonomer Optik, sondern über ein Gebiet von fünf Kantonen (Bern, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis) hinweg als bedeutend. «Die Ansiedlung einer nicht wertschöpfungsstarken Werkstätte,

die den Boden nur schwach ausnützt, wäre kein gutes Signal für einen Premium-ESP», sagt Lanz. Sowohl die Ruag Real Estate AG als auch die Armasuisse als Grundeigentümerinnen im Areal ESP Thun-Nord nutzen die betroffenen Bodenflächen entweder aktuell oder haben konkrete Pläne für deren weitere Entwicklung. Beide Grundeigentümerinnen sehen keine Möglichkeit, der BLS eine für den Bau einer Werkstätte geeignete Bodenfläche zur Verfügung zu stellen. Gemäss Information der BLS-Begleitgruppe ist bei der angedachten BLS-Werkstätte ein 24-Stunden-Betrieb vorgesehen, bei dem laufend mit Lärmemissionen infolge Rangierbetrieb und Unterhaltsarbeiten zu rechnen ist. Zudem wäre das Areal in der Nacht permanent beleuchtet. Es ist davon auszugehen, dass Beleuchtung und Lärmemissionen die Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner des nahe liegenden Wohnquartiers Lerchenfeld erheblich beeinträchtigen. Die Interpellation der Grünen wird der Gemeinderat im Sinne dieser Gründe beantworten. Das Geschäft ist für die Stadtrats-sitzung vom 24. August traktandiert. *mb*